

Das Recht der Eingetragenen Lebenspartnerschaft

Handbuch für die gerichtliche,
anwaltliche und notarielle Praxis

von

Prof. Dr. Karlheinz Muscheler

Ruhr-Universität Bochum

2., überarbeitete und wesentlich erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage 2001
2. Auflage 2004

ISBN 3 503 08300 6

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2004
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin
Druck: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort zur zweiten Auflage

Die erste Auflage dieses Buches ist ziemlich genau mit dem Inkrafttreten des LPartG (1. 8. 2001) erschienen. Seither hat das BVerfG sich zwei Mal mit dem Gesetz beschäftigt, haben sämtliche Bundesländer ihre Ausführungsregelungen zum LPartG erlassen, ist eine Vielzahl von Stimmen in der Literatur zu verzeichnen, sind die ersten Gerichtsurteile zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft verkündet worden. Es bietet sich daher an, eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Ich habe sämtliche Partien des Buches gründlich überarbeitet. Dadurch hat sich nicht nur der Umfang des Werkes vergrößert, sondern auch sein Charakter verändert: Aus einer kritischen Monographie ist ein Handbuch geworden. Den Charakter eines Handbuchs unterstreicht der umfängliche Anhang des Werkes, in den nicht nur der Text des gesamten „Gesetzes zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften“, sondern auch die beiden Urteile des BVerfG und die Ausführungsregelungen aller Bundesländer aufgenommen wurden. Der Ende Juni 2004 von den Regierungsfractionen im Bundestag eingebrachte „Entwurf eines Gesetzes zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts“ wird kritisch vorgestellt.

Zu danken habe ich vielfach. Mein Mitarbeiter Thorn Beisenherz hat Wesentliches zum erbrechtlichen Kapitel des Buches beigetragen. Er und die weiteren Mitarbeiter meines Lehrstuhls, Eva-Maria Beckmann, Michael Janßen und Guido Perkams, haben Korrektur gelesen, Frau Beckmann überdies das Stichwortverzeichnis erstellt. Die Herstellung des Typoskripts lag in den bewährten Händen von Bärbel Dröghoff.

Bochum, im Juli 2004

Karlheinz Muscheler

Vorwort zur ersten Auflage

Am 1. August 2001 tritt das „Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften“ in Kraft. Kernstück dieses Gesetzes ist das „Lebenspartnerschaftsgesetz-LPartG“. Mit ihm wird ein in Deutschland völlig neues familienrechtliches Rechtsinstitut geschaffen: Die Eingetragene Lebenspartnerschaft, begründet zwischen zwei Personen gleichen Geschlechts. Der Darstellung dieses Rechtsinstituts gilt das vorliegende Buch.

Das neue Recht ist rechtspolitisch und verfassungsrechtlich außerordentlich umstritten. Ich weiche diesem Streit nicht aus, beziehe vielmehr zu beiden Fragenkreisen, der rechtspolitischen und der verfassungsrechtlichen Bewertung des neuen Rechts, ausführlich Stellung. Ich plädiere aber zugleich dafür, über diesem Streit die technischen Details des neuen Rechts nicht aus den Augen zu verlieren, ja auf sie überhaupt einmal erst einen genauen Blick zu werfen.

Die Arbeit wurde Mitte April 2001 abgeschlossen. Die Veröffentlichung hinauszuschieben, bis das bereits von mehreren Bundesländern angerufene Bundesverfassungsgericht eine vorläufige oder endgültige Entscheidung getroffen hat oder die Bundesländer ihre mehr oder weniger ausführlichen Ausführungsgesetze erlassen haben oder der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat weiterkommt, wenn er denn weiterkommt: Dazu bestand kein hinreichender Anlass. Die Ausführungsbestimmungen der Länder sind von untergeordneter Bedeutung. Der Vermittlungsausschuss wird angesichts der ins Grundsätzliche reichenden Zerstrittenheit der rechtspolitischen Parteiungen jedenfalls in wichtigen Fragen nichts ändern. Das Bundesverfassungsgericht sollte bei seiner Entscheidung den Inhalt des neuen Rechts im Detail kennen und in seine Überlegungen einbeziehen.

Ich danke meinen Mitarbeitern Christian Hajnczyk, Guido Perkams, Anke Bloch und Markus Schewe für wertvolle Unterstützung. Mein herzlicher Dank gilt ferner Frau Bärbel Dröghoff, in deren Händen die Herstellung des Typoskripts lag.

Bochum, im April 2001

Karlheinz Muscheler

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
Vorwort	5	
Abkürzungsverzeichnis.....	15	
1 Grundlagen.....	21	
1.1 Auf dem Weg zur Toleranz: Rückzug des Strafrechts.....	21	1
1.2 Auf dem Weg zur Akzeptanz: Gesetzgebung zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft	28	9
1.3 Das Lösungsmodell des deutschen Rechts in rechtsvergleichender und rechtspolitischer Betrachtung	40	22
1.3.1 Rechtsvergleichung	40	22
1.3.2 Rechtspolitische Bewertung	44	28
1.4 Neues Recht und Verfassung	50	
1.4.1 Eigene Auffassung	50	35
1.4.2 Entscheidungen des BVerfG	64	52
1.4.3 Folgerungen aus der Hauptsacheentscheidung des BVerfG für die Zukunft	72	64
1.5 Rechtstatsachen	74	
1.5.1 Verbreitung von Homosexualität	74	65
1.5.2 Homosexuelle Paare	75	66
1.5.3 Akzeptanz homosexueller Partnerschaften . . .	79	70
1.5.4 Zahl der Eingetragenen Lebenspartnerschaften	85	73
1.6 Grundbegriffe.....	88	
1.6.1 Auf Dauer angelegte Beziehungen	88	77
1.6.2 Homosexualität – Heterosexualität	94	85
1.6.3 Ehe – Homoche – Heirat – Hochzeit.....	96	89
1.6.4 Ledig – verwitwet – geschieden.....	103	96
1.7 Auslegung des DiskrBG, insbesondere des LPartG.....	105	100
2 Das Versprechen der Partnerschaftsbegründung.....	109	
2.1 Ausgangspunkt	109	103
2.2 Lösung.....	110	105

Inhaltsverzeichnis

3	Begründung der Lebenspartnerschaft	116	
3.1	Allgemeines	116	111
3.2	Voraussetzungen für die Begründung der Lebenspartnerschaft	119	
3.2.1	Zwei Personen	119	115
3.2.2	Gleichgeschlechtlichkeit und besondere Probleme bei Transsexualität	120	116
3.2.3	Volljährigkeit	125	123
3.2.4	Geschäftsfähigkeit	128	127
3.2.5	Nichtbestehen von Ehe und Lebenspartnerschaft	129	130
3.2.6	Keine nahe Verwandtschaft	132	136
3.2.7	Staatsangehörigkeit/Aufenthaltsstatus	139	144
3.2.8	Begründungserklärungen	141	146
3.2.9	Gleichzeitige Anwesenheit	148	155
3.2.10	Persönliche Erklärung	148	156
3.2.11	Keine Bedingung oder Zeitbestimmung	149	157
3.2.12	Erklärung über den Vermögensstand	149	158
3.2.12.1	Form, Zeitpunkt, Inhalt, Rechtsnatur der Erklärung	149	158
3.2.12.2	Vereinbarung des Vermögensstandes und Erklärung über den Vermögensstand	154	165
3.2.12.3	Widerruflichkeit der Erklärung	157	167
3.2.12.4	Fehlen und Fehlerhaftigkeit der Erklärung	158	168
3.2.12.5	Wesen der gesetzlichen Regelung	165	179
3.2.13	Kein Einigsein über den Ausschluss von § 2 LPartG	167	181
3.3	Rechtsfolgen von Begründungsmängeln	173	
3.3.1	Grundsatz	173	188
3.3.2	Insbesondere: Willensmängel	175	190
3.3.3	Feststellung des Nichtbestehens der Lebenspartnerschaft	182	198
3.3.4	Regeln über das fehlerhafte Dauerschuldverhältnis Lebenspartnerschaft	188	207
4	Vermögensrechtliche Wirkungen der Lebenspartnerschaft	194	214
4.1	Vermögensstand	194	214
4.1.1	Lebenspartnerschaftsvertrag	194	214
4.1.2	Ausgleichsgemeinschaft	202	227
4.1.3	Sonstige Formen des Vermögensausgleichs	210	235
4.2	Haftungsmilderung	210	236
4.3	Vermögensrechtliche Außenwirkungen der Lebenspartnerschaft	212	240
4.3.1	Eigentumsvermutungen	212	240

Inhaltsverzeichnis

4.3.2	Schlüsselgewalt	215	245
4.3.3	Verfügungsbeschränkungen	222	253
4.4	Verpflichtung zum Lebenspartnerschafts-		
	unterhalt	228	264
4.4.1	Grundlagen	228	264
4.4.2	Unterhalt und Haushaltsführung	230	266
4.4.3	Unterhalt und „Familie“	232	269
4.4.4	Maß des Unterhalts	233	271
4.4.5	Widersprüche und Auswirkungen der		
	Unterhaltungspflicht auf die gesetzliche		
	Sozialversicherung	234	273
4.4.6	Unterhalt und Schadensersatzansprüche		
	gegen Dritte	237	278
4.4.7	Rangfolge mehrerer Schuldner und mehrerer		
	Gläubiger	239	281
4.4.8	Unterhaltsvereinbarungen	240	284
4.5	Erbrecht	241	
4.5.1	Gesetzliche Erbfolge: Voraussetzungen	241	285
4.5.2	Gesetzliches Erbrecht: Umfang	247	294
4.5.3	Gesetzliches Erbrecht nach Maßgabe des		
	Vermögensstandes	252	300
4.5.4	Pflichtteil des Lebenspartners	256	306
4.5.5	Gewillkürte Erbfolge	258	308
4.5.6	Erbverzicht	263	316
4.5.7	Sittenwidrigkeit	265	318
4.5.8	Erbschaftsteuer	267	319
4.5.9	Sonstige Regelungen mit erbrechtlichem		
	Bezug	268	322
4.6	Eintritt in den Wohnungsmietvertrag	269	323
4.6.1	Entstehungsgeschichte der §§ 563ff. BGB	269	323
4.6.2	Rangfolge der Eintrittsrechte	272	325
4.6.3	Auf Dauer angelegter gemeinsamer Haushalt	274	328
4.6.4	Weitere Regelungen (§§ 563 a, b BGB)	276	331
5	Personenrechtliche Wirkungen der		
	Lebenspartnerschaft	278	332
5.1	Partnerschaftliche Lebensgestaltungs-		
	gemeinschaft	278	332
5.1.1	Ausgangspunkt	278	332
5.1.2	Entstehungsgeschichte des § 2 LPartG	279	334
5.1.3	Gemeinsame Lebensgestaltung	281	337
5.1.4	Rechtsfolgen bei Pflichtverstößen	286	343
5.1.5	Normen, die Lebensgemeinschaft von		
	Lebenspartnern verlangen	287	346
5.2	Eheverbot der Lebenspartnerschaft?	292	353

Inhaltsverzeichnis

5.2.1	Problem und Lösungsmöglichkeiten	292	353
5.2.2	Zulässigkeit der Bi-Bigamie?	295	356
5.2.3	Absolutes Eheverbot der bestehenden Lebenspartnerschaft?.....	297	359
5.2.4	Zulässigkeit der Eheschließung und Ipso-iure-Auflösung der Lebenspartnerschaft .	299	362
5.2.5	Aufschiebendes Ehehindernis?.....	301	366
5.2.6	Rechtsfolgen der Partnerschaftsauflösung	303	368
5.3	Staatsangehörigkeit, Nachzugsrecht, Arbeits- berechtigung	308	375
5.4	Ausschlüsse wegen Interessenkonflikts, Zeugnisverweigerungsrecht und andere verfahrensrechtliche Vorteile	309	377
5.5	Der Lebenspartnerschaftsname	312	
5.5.1	Kein Appell zur Namensseinheit	312	382
5.5.2	Erklärung des Lebenspartnerschaftsnamens...	312	383
5.5.3	Wahlrecht bei der Bestimmung des Lebenspartnerschaftsnamens	314	385
5.5.4	Begleitname / Beendigung der Lebenspartnerschaft.	319	390
5.5.5	Kindesname und Lebenspartnerschaftsname ..	321	394
5.6	Der Lebenspartner als Familienangehöriger..	324	397
5.7	Schwägerschaft	329	405
5.8	Befugnisse des Lebenspartners in wichtigen Einzelgesetzen	331	408
5.9	Lebenspartnerschaft und Kinder	331	409
5.9.1	Zahlen, Vorurteile, Wirklichkeit	331	409
5.9.2	Wege zu lebenspartnerschaftlicher Elternschaft.	336	414
5.9.3	Pflegschaft, Vormundschaft, Adoption	341	420
5.9.4	Zulässigkeit der reproduktionstechnischen Verfahren	348	428
5.9.5	Sorge- und Umgangsrecht für homosexuellen Elternteil	356	438
5.9.6	Sorgerechtliche Befugnisse des Lebens- partners: Allgemeines	359	442
5.9.7	§ 9 LPartG: „Einvernehmen“	366	449
5.9.8	§ 9 LPartG: Einzelheiten	372	454
5.9.9	§ 9 LPartG: Gesetzliches Schuldverhältnis	386	472
5.9.10	Umgangsrecht des Lebenspartners eines Elternteils	388	474
5.9.10.1	Fassung des § 1685 Abs. 2 BGB vom 1. 8. 2001 bis zum 30. 4. 2004.	388	474
5.9.10.2	Fassung des § 1685 Abs. 2 BGB ab 30. 4. 2004 .	392	478

Inhaltsverzeichnis

5.9.11	Verbleibensanordnung zugunsten des Lebenspartners eines Elternteils	398	486
5.9.12	Der Name des Kindes	406	497
5.9.12.1	Das während der Lebenspartnerschaft geborene Kind	406	497
5.9.12.2	Das in die Lebenspartnerschaft mitgebrachte Kind	407	
5.9.12.3	Name bei Adoption eines Kindes.	408	499
5.9.13	Elternurlaub, Erziehungsgeld, Kindergeld, Kostenlose Mitversicherung in Kranken- und Pflegeversicherung und sonstige Vergünstigungen für den Co-Elternteil	408	500
5.9.14	Gesamtüberblick: Lebenspartnerschaftliche Stiefkindschaft	410	
5.9.14.1	Zivilrecht.	410	505
5.9.14.2	Steuer- und Sozialrecht	414	510
6	Getrenntleben.	422	517
6.1	Rechtsfolgen und Begriff des Getrenntlebens .	422	517
6.2	Trennungsunterhalt	428	524
6.3	Hausratsverteilung und Wohnungszuweisung. .	435	532
7	Aufhebung der Lebenspartnerschaft.	439	536
7.1	Aufhebung durch richterliches Urteil	439	536
7.2	Aufhebungsvoraussetzungen: Allgemeines	440	538
7.3	Aufhebung nach § 15 Abs. 2 Nr. 3 LPartG	444	542
7.4	Aufhebung nach § 15 Abs. 2 Nr. 2 und Nr. 1 LPartG.	447	544
7.5	Rechtsnatur der Erklärungen nach § 15 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2, Abs. 3 LPartG.	459	558
7.6	Aufhebungsverfahren	463	562
7.7	Nachpartnerschaftlicher Unterhalt	468	
7.7.1	Allgemeines	468	571
7.7.2	Unterhaltsverzicht	473	577
7.7.3	Unterhaltstatbestände	477	580
7.7.4	Einsatzzeitpunkt.	485	587
7.7.5	Unterhaltsbedarf	487	590
7.7.6	Bedürftigkeit.	489	592
7.7.7	Leistungsfähigkeit	490	594
7.7.8	Zeitliche Begrenzung.	491	595
7.7.9	Wegfall des Anspruchs nach § 1579 BGB	492	597
7.7.10	Wiederaufleben eines früheren Unterhaltsanspruchs: § 1586 a BGB analog?	496	603
7.7.11	Rangverhältnisse	498	605
7.7.12	Unterhaltsprozess.	501	610

Inhaltsverzeichnis

7.7.13	Verfassungsrechtlicher Ausblick.	503	613
7.8	Hausratsverteilung und Wohnungszuweisung. .	503	614
8	Lebenspartnerschaftsähnliche Gemeinschaft. .	508	618
8.1	Rechtslage bis zur Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft.	508	618
8.2	Rechtslage nach Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft.	517	631
8.3	Schaffung eines gesetzlichen Minimums für alle faktischen Gemeinschaften	524	642
9	Entwurf eines Gesetzes zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts.	529	648

Anhang

Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleich- geschlechtlicher Gemeinschaften: Lebens- partnerschaften	541
BVerfGE 104, 51	595
BVerfGE 105, 313	606

Landesausführungsgesetze:

Baden-Württemberg

– Verordnung des Innenministeriums zur Durch- führung des Lebenspartnerschaftsgesetzes.	650
– Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschafts- gesetzes (LPartAusfG)	652

Bayern

– Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschafts- gesetzes (AGLPartG)	656
– Verordnung zum Vollzug des Gesetzes zur Aus- führung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (VollzVAGLPartG)	660
– Satzung der Landesnotarkammer Bayern gemäß Art. 4 Abs. 5 AGLPartG	664

Berlin

– Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschafts- gesetzes.	674
– Gesetz zur Anpassung des Landesrechts auf Grund der Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft	676

Inhaltsverzeichnis

Brandenburg

- Gesetz zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG-ZVerfG) 687

Bremen

- Bremisches Gesetz zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (BremLPartVerfG) 691

Hamburg

- Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (Lebenspartnerschaftsausführungsgesetz – LPartAusfG) 695

Hessen

- Hessisches Gesetz zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG-ZVerfG) 704

Mecklenburg-Vorpommern

- Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes 708

Niedersachsen

- Niedersächsisches Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (Nds. AGLPartG) 719

Nordrhein-Westfalen

- Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz 727
- Mitteilungen in Lebenspartnerschaftssachen 741

Rheinland-Pfalz

- Landesgesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (AGLPartG) 743

Saarland

- Gesetz über Zuständigkeiten und Verfahren nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz 752

Sachsen

- Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur vorläufigen Regelung der Zuständigkeiten nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartGZuVO) 756
- Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Verordnung zur vorläufigen Regelung der Zuständigkeiten nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz 757

Sachsen-Anhalt

- Lebenspartnerschafts-Ausführungsgesetz (LPart-AG) 758

Inhaltsverzeichnis

Schleswig-Holstein

- Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschafts-
gesetzes (Lebenspartnerschaftsausführungsgesetz –
LPartAusfG) 769
- Landesverordnung zur Änderung der Landes-
verordnung über Verwaltungsgebühren 779

Thüringen

- Thüringer Ausführungsgesetz zum Lebenspartner-
schaftsgesetz (ThürAGLPartG)..... 781

Literaturverzeichnis 785

Stichwortverzeichnis 799